

Soziale Netzwerke im Visier der Datenschützer

Transparenz oder Ende der Privatsphäre?

Claude Molinaro

Am vorigen Donnerstag organisierte die nationale Datenschutzkommission eine Konferenz zum Thema „Keine Privatsphäre mehr im Netz“. Redner war der Berliner Datenschutzbeauftragte Alexander Dix.

Weltweit gibt es mittlerweile zwei Milliarden Internetbenutzer. Ein beträchtlicher Teil davon nutzt es jedoch nicht nur, um Informationen abzurufen, sondern stellt auch eigene, teils sehr private Daten online. Das wohl bekannteste virtuelle soziale Netzwerk hat es in den sieben Jahren seiner Existenz auf etwa 600 Millionen Mitglieder gebracht.

Am vorigen Donnerstag referierte der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Dr. Alexander Dix, auf Einladung der nationalen Datenschutzkommission über die schwindende Privatsphäre im Internet. Es gebe zwar durchaus Gesetze in Europa, welche die Privatsphäre auch im Internet schützen. Die Grundlage hierzu liefert die Konvention des Europarates – „zum Schutz der Personen bezüglich der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten“ –, die schon vor 30 Jahren verabschiedet wurde.

Die Frage sei jedoch, inwiefern diese Bestimmungen auch heute noch greifen, da sich in 30 Jahren der Datenaustausch doch erheblich verändert habe. Datenschutz bedeute in der Regel, dass der Einzelne kontrollieren könne, wie die Daten über ihn erhoben und genutzt werden. Aber ist das im World Wide Web überhaupt noch möglich?

Der Wert von Facebook wird mittlerweile auf 50 Milliarden Dollar geschätzt. Warum diese

ungeheure Summe, kann man sich fragen, die Firma produziert ja nichts? Im Gegenteil, sie und andere Netzwerke produzieren eine Unmenge an Daten. Twitter soll beispielsweise 95 Millionen Kurzmeldungen an einem Tag verarbeiten. Den meisten von uns sei wohl überhaupt nicht bewusst, dass die Daten, die wir auf Seiten wie Facebook oder Twitter hinterlegen, von anderen gesammelt und genutzt werden können, z.B. für Werbezwecke. Die größte Einnahmequelle für solche Internetplattformen sei die „Verhaltensbasierende Be-Werbung“. Viele „smarte“ Anwendungen oder Suchmechanismen seien nicht ohne Grund gratis, warnte der Datenschutzbeauftragte. „Haben die sozialen Netzwerke das Zeitalter der totalen Öffentlichkeit und das Ende der Privatsphäre eingeläutet?“, lautete eine der zentralen Fragen von Alexander Dix.

Der Präsident der nationalen Datenschutzkommission, Gerard Lommel, erklärte dem *Tageblatt* gegenüber, dass das Datenschutzgesetz ein „droit d'accès“ vorschreibt. Dadurch erhalte jeder das Recht, zu kontrollieren, was mit seinen Daten passiert, und sie gegebenenfalls auch löschen zu lassen. In Sachen Facebook sei es ein bisschen komplizierter, da die Firma behaupte, sie stelle lediglich den virtuellen Platz zur Verfügung, die Daten veröffentlichen, das tue der Nutzer selber.

In der Tat: Facebook gewährt zwar Zugang zu den Daten, löschen muss man sie selbst.

Jeder, der Daten speichere, müsse die Betroffenen informieren, wie lange die Informationen gespeichert bleiben und wofür sie genutzt werden, sagt Gerard Lom-

mel. Das gelte auch z.B. für den Autohändler, der beim Kauf eines Autos private Daten in seinem Computer speichert. Das Einverständnis zur Datenerfassung könne man jederzeit widerrufen.

Weltweit werde der Ruf immer lauter nach einem „Recht auf Vergessen“, wie es z.B. im Strafrecht existiere. Datenschützer wie Dix können sich sogar vorstellen, dass es auch für digitale Daten ein Verfallsdatum geben könnte. Im Prinzip müssten eigentlich die Internetfirmen auf Anfrage des Nutzers hin dessen Daten löschen. In Luxemburg kann sich die Datenschutzkommission per richterlichen Beschluss Zugang zu Servern beschaffen, um Kontrollen durchzuführen und Daten zu löschen.

Infos zum Thema Datenschutz

www.cnpd.public.lu

Zur Person

Dr. Alexander Dix ist seit Juni 2005 Berliner Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit. Zuvor war er sieben Jahre Landesbeauftragter für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht in Brandenburg. Er ist Vorsitzender der Internationalen Arbeitsgruppe zum Datenschutz in der Telekommunikation und Mitglied der Artikel-29-Gruppe der Europäischen Datenschutzbeauftragten.

Quelle: www.datenschutz-berlin.de